

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Fraktion DIE LINKE

„Bremer Vereinbarung“ geschlechtergerecht fortschreiben

Die seit Jahren von zahlreichen PartnerInnen der beruflichen Ausbildung im Land Bremen getragene „Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung“ hat sich als Instrument zur Verbesserung der beruflichen Perspektiven junger Menschen bewährt. Es ist gelungen, neue Ausbildungsmöglichkeiten in Betrieben zu erschließen und Jugendlichen den Zugang zu betrieblicher Ausbildung zu erleichtern. In der neuen, bis 2016 geltenden Vereinbarung sind verbesserte Übergänge zwischen Schule und Beruf ein zentraler Handlungsschwerpunkt. So sollen mehr Ausbildungsbetriebe gewonnen, soll die Ausbildungsqualität erhöht, die Zahl der Ausbildungsabbrüche verringert und sichergestellt werden, dass auf dem Weg von der Schule in Ausbildung und Beruf niemanden verloren geht.

So positiv die Bilanz insgesamt ausfällt, so bedauerlich ist es, dass die Bremer Vereinbarung den Genderblick bislang vermissen lässt. Es wird nicht analysiert, welche unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen, Zielsetzungen und Probleme junge Frauen, besonders auch Migrantinnen, und junge Männer haben und welche Handlungsoptionen daraus erwachsen. Die Fokussierung auf das duale Ausbildungssystem verkennt die große Bedeutung der fachschulischen (frauendominierten) Ausbildungsberufe. Auch Themen wie „Mädchen in Männerberufen“ und Teilzeitausbildung werden allenfalls beiläufig berücksichtigt.

Angesichts dieser Situation möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat darauf zu dringen, dass die Partner und Partnerinnen der erfolgreichen „Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung“ ihrer Verantwortung für junge Menschen, insbesondere für junge Frauen mit und ohne Migrationshintergrund auch dadurch gerecht werden, dass Ausbildungssituation und -perspektiven gendersensibel analysiert sowie Ziele und Instrumente geschlechtergerecht und wo nötig geschlechterdifferenziert definiert werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat sich dafür einzusetzen, dass die Bremer Vereinbarung über das duale Ausbildungssystem hinaus auf die überwiegend von Frauen gewählten fachschulischen Berufsausbildungen ausgerichtet wird.
3. Der Senat wird gebeten darauf hinzuwirken, dass die Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) in den Beratungsprozess der Bremer Vereinbarung einbezogen wird.

Sybille Böschen, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Doris Hoch, Frank Willmann, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE